



Protokoll 29/2019

***über die Sitzung des Gemeinderates
am Dienstag, 10.09.2019
(Funktionsperiode 2015/2021)
im Sitzungssaal der Sparkasse***

Anwesende:

Vorsitzender:

Bürgermeister Günter Engertsberger

Mitglieder des Gemeindevorstandes:

SPÖ: Vbgm. Gertraud Eckerstorfer
Christian Skrasek

ÖVP: Vbgm. Mag. Reinhold Sahl
Petra Baumgartner
DI Christian Maurer, BSc

FPÖ: Josef Eder

übrige Mitglieder des Gemeinderates:

SPÖ: Andrea Felsberger
Johann Brandstetter (Ersatz)
Stefan Hoheneder
Johann Karmedar
Ingrid Lauss
Gertrude Niegl
Magdalena Deibl (Ersatz)
Nicole Skrasek (Ersatz)
Ing. Peter Stockhammer

ÖVP: Johann Prialli (Ersatz)
Michaela Bachinger (Ersatz)
Andrea Bertleff (Ersatz)
Gabriela Hofmeister
Manfred Kobler
Franz Nahringbauer
Christian Seybold
Hermann Stoiber
DI Karl Weinberger

Grüne: Karin Chalupar
Roland Hainzl (Ersatz)
Mag. (FH) Michael Langerhorst

FPÖ: Waltraud Burger-Pledl
Gabriele Eder (Ersatz)
Mag. (FH) Gerald Hofbauer

für das Gemeindeamt:

AL Sonja Emrich
Natascha Blaimschein

Schriftführerin:

Eveline Krahofer

entschuldigt:

Ing. Ernst Aigner (ÖVP)
Claudia Durchschlag (ÖVP)
Johannes Eisenhuber (ÖVP)
Peter Felsberger (SPÖ)
Harald Palmetshofer (SPÖ)
Daniela Hoheneder (SPÖ)

Adolf Held (FPÖ)
Roland Hofer (Grüne)

Der Bürgermeister eröffnet die heutige 29. Gemeinderatssitzung dieser Funktionsperiode um 19.00 Uhr, begrüßt alle herzlich und stellt fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde, die Einladung und Tagesordnung rechtzeitig zugegangen sind und die Beschlussfähigkeit gegeben ist, da alle Gemeinderats- bzw. Ersatzmitglieder anwesend sind.

Zur Schriftführerin wird Eveline Krahofer bestellt.

Der Bürgermeister stellt weiters fest, dass über alle gestellten Anträge per Akklamation abgestimmt wird, es sei denn, dass der Gemeinderat eine andere Art der Abstimmung beschließt.

Wortmeldungen im Rahmen der Bürgerfragestunde:

Ing. Aigner nimmt zu Punkt 3) der Tagesordnung Stellung und gibt aktuelle Informationen bzgl. Kesselaustausch in der NMS.

Der Bürgermeister geht nun zur Tagesordnung über:

Tagesordnung:

- Punkt 1) Berichte des Bürgermeisters und der Ausschussobleute
- Punkt 2) Prüfbericht des LRH vom 11.06.2019 – Stellungnahme der Marktgemeinde Neuhofen an der Krens
- Punkt 3) Antrag ÖVP – Abänderung Beschluss Schulen – Heizungserneuerung vom 25.06.2019
- Punkt 4) Antrag Grüne – Neuhofen erklärt den Klimanotstand
- Punkt 5) Antrag Grüne – Resolution an OOE Landtag: Sicherer Radweg zwischen Weißenberg (Neuhofen) und Nettingsdorf (Ansfelden)
- Punkt 6) Antrag Grüne – Naturnahe und ansprechende Gestaltung des Eingangsbereiches zum Freibad
- Punkt 7) Allfälliges

Punkt 1) **Berichte des Bürgermeisters und der Ausschussobleute**

a) **Wasserversorgung Weißenberg**

Der Wasserverband Ansfelden wird die Versorgung der Häuser im unteren Teil von Weißenberg (Mitte des Berges) übernehmen, um eine zukünftige Wasserversorgung zu gewährleisten. Der Preisunterschied wird von den Anrainern in Kauf genommen.

b) **Großbaustellen**

Unsere Großbaustellen werden teilweise im September jetzt fertig.

c) **Bericht aus dem Ausschuss für Soziales und Generationen**

VbGM. Eckerstorfer berichtet über die am Samstag abgehaltene Neubürgerfeier, die von den rund 60 Teilnehmern sehr positiv beurteilt wurde.

d) **Bericht aus dem Ausschuss für Infrastruktur, Mobilität, Ortsgestaltung, Straßen und Wege und Kanal**

GV Skrasek informiert über die Geschwindigkeitsmessungen, die durchgeführt wurden, wo erhebliche Überschreitungen dokumentiert wurden.

e) **Bericht aus dem Ausschuss für Sport- u. Freizeitanlagen, Spielplätze und Immobilien der Gemeinde**

GV Eder berichtet, dass die Wasserproblematik im Freibad gelöst sowie die undichte Abwasseranlage repariert wurde. Die Qualität des Brunnenwassers konnte verbessert werden.

f) **Bericht aus dem Ausschuss für Umwelt, Energie, Abfallwirtschaft, Landwirtschaft und Klimabündnis**

GV Maurer informiert über den Start eines Feldversuches (mit der Gemeinde Kematen und der Energie AG) PV-Strom untereinander (15 Familien) zu tauschen.

g) **Bericht aus dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Integration, Vereinswesen und Sport**

Die Kulturausschuss-Sitzung hat Anfang September mit den Themen – Planung der Kulturveranstaltungen, Bearbeitung von Förderanträgen von Vereinen sowie Wunsch der Gemeinde Piberbach nach einer eigenen Volksschule – kann grundsätzlich befürwortet werden, jedoch ohne Abänderung der Sprengelteilung in Neuhofen – stattgefunden, berichtet VbGM. Sahl.

Der Bürgermeister liest die Beantwortung der Anfrage der Grünen-Fraktion der GR-Sitzung vom 25.06.2019: „Öffentliches Gut in der Kremstalstraße 7 und 9“ vor. Diese liegt als Beilage dem Protokoll bei.

Punkt 2) **Prüfbericht des LRH vom 11.06.2019 – Stellungnahme der Marktgemeinde Neuhofen an der Krens**

Die Direktion für Bezirkshauptmannschaft Linz-Land übermittelte der Marktgemeinde Neuhofen an der Krens mit dem Schreiben BHLLGem-2019-82340/9-HEP vom 3. Juli 2019 das Gutachten des OÖ Landesrechnungshofes aufgrund der Prüfung vom 23. Oktober bis 6. Dezember 2018.

Die Marktgemeinde Neuhofen an der Krens wurde aufgefordert innerhalb von 3 Monaten zu den Ausführungen im Gutachten Stellung zu nehmen und einen Auszug aus der Verhandlungsschrift über jene Gemeinderatssitzung, in der das Gutachten des OÖ Landesrechnungshofes behandelt wurde, vorzulegen.

Die Aufsichtsbehörde erwartet, dass die Marktgemeinde Neuhofen an der Krems die vom OÖ Landesrechnungshofes aufgezeigten Anregungen und Empfehlungen grundsätzlich umsetzt. Sollte eine Umsetzung gewisser Vorhaben nicht oder nur schwer möglich sein, so hat die Marktgemeinde Neuhofen an der Krems in ihrer Stellungnahme eine ausreichende und konkrete Begründung abzugeben, warum die im Gutachten des LRH aufgezeigten Maßnahmen nicht umgesetzt werden.

Der Bürgermeister bringt die Kurzfassung des Prüfberichtes (diese liegt als Bestandteil des Protokolls in Kopie bei) dem Gemeinderat vollinhaltlich zur Kenntnis und stellt den Antrag, folgende Stellungnahme zum Bericht des LRH vom 11.06.2019 zu beschließen:

Stellungnahme der Marktgemeinde Neuhofen zum Bericht des LRH vom 11.06.2019

Gemeindestruktur, Gemeindevertretung und Organisation der Gemeindeverwaltung:

strukturelle Entwicklung:

Im Rahmen der anstehenden Überarbeitung des örtlichen Entwicklungskonzeptes wird auch eine langfristige Strategie zur gezielten Steuerung der weiteren Bevölkerungsentwicklung festgelegt.

Gemeindevertretung:

- Um eine gedeihliche Weiterentwicklung der Marktgemeinde zu ermöglichen, ist es notwendig, die politische Zusammenarbeit grundlegend zu verbessern.

*GR Chalupar stellt den Abänderungsantrag, folgende Ergänzung anzufügen:
Dem Bürgermeister kommt in seiner zentralen Funktion eine entscheidende Rolle zu. In einem ersten Schritt sind parteiübergreifende Maßnahmen anzustreben.*

Der Bürgermeister fordert den Gemeinderat auf, abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird mit Stimmenmehrheit angenommen;
20 Stimmen dafür: ÖVP, FPÖ, Grüne, Hoheneder
11 Stimmen enthalten: SPÖ (ohne Hoheneder)

- Zur stärkeren Transparenz bei der Themenwahl für die Sitzungen des Prüfungsausschusses werden ab sofort die Prüffelder vorab in einem vom Prüfungsausschuss gemeinsam erstellten Jahresplan festgelegt.

Der Bürgermeister fordert den Gemeinderat auf, abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird mit Stimmenmehrheit angenommen;
19 Stimmen dafür: SPÖ, FPÖ, Grüne
4 Stimmen dagegen: Sahl, Kobler, Nahrungsbauer, Stoiber
8 Stimmen enthalten: ÖVP (ohne Sahl, Kobler, Nahrungsbauer, Stoiber)

Personalstand und Dienstposten:

Erholungsurlaub soll nicht zum nachträglichen Abbau für die Abdeckung von Fehlstunden verwendet werden. Die Gleitzeitvereinbarung wird dahingehend abgeändert.

Der Bürgermeister fordert den Gemeinderat auf, abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird einstimmig angenommen

Aufbau- und Ablauforganisation der Gemeindeverwaltung:

Um die Doppelgleisigkeit bei der Abwicklung zu vermeiden, werden bzw. wurden die Aufgaben der Gebührenverwaltung, des Veranstaltungsmanagements sowie der Kinderbetreuungsverwaltung bei jeweils einer hauptverantwortlichen Mitarbeiterin zusammengeführt.

Vbgm. Sahl meint, dass dadurch die Vertretungsfähigkeit verloren geht.
Bgm. und AL erläutern, dass immer eine Vertretung genau festgelegt ist.

GR Langerhorst möchte wissen, wie die Kinderzuteilung erfolgt.
Die Zuteilung erfolgt nach Anmeldung bei den Trägervereinen.

Der Bürgermeister fordert den Gemeinderat auf, abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird einstimmig angenommen

Haushalts- und Finanzsituation

Kreditüberschreitungen:

Die jeweilige Deckungsfähigkeit von Haushaltsansätzen im Voranschlag wird in folgender Weise klarer ersichtlich gemacht: Bei Voranschlagsstellen für Aufwendungen, zwischen denen sowohl ein sachlicher als auch ein verwaltungsmäßiger Zusammenhang besteht, kann bestimmt werden, dass Einsparungen bei einer Voranschlagsstelle ohne besonderes Genehmigungsverfahren zum Ausgleich eines anderen Mehrerfordernisses bei einer anderen Voranschlagsstelle herangezogen werden dürfen. Dies ist im § 9 der GemHKRO bestimmt. Im Voranschlag sind jene Voranschlagsstellen, welche sich gegenseitig decken, in der Anlage der Sammelnachweise ersichtlich.

Der Bürgermeister fordert den Gemeinderat auf, abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird mit Stimmenmehrheit angenommen;
30 Stimmen dafür: SPÖ, ÖVP, FPÖ (ohne GR Eder), Grüne
1 Stimme enthalten: GR Eder

Grundsteuer:

- Die Fristen für die Baufertigstellung werden im Zusammenhang mit der tatsächlichen Bauausführung von der Gemeinde überwacht. Die diesbezügliche Aufarbeitung wird weiter vorangetrieben.

GR Chalupar stellt den Abänderungsantrag, die Frist bis Ende 2020 zu ergänzen.

GR Langerhorst weist auf die Wichtigkeit der Frist hin.

Beschluss: der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt;

10 Stimmen dafür: Grüne, Kobler, Baumgartner, Maurer, Sahl, Piralli, Stoiber, Bachinger

15 Stimmen dagegen: SPÖ, 3 FPÖ (ohne Hofbauer)

6 Stimmen enthalten: Hofmeister, Nahrungbauer, Seybold, Weinberger, Bertl-eff, Hofbauer

- Die Marktgemeinde Neuhofen wird künftig die OOE BauO 1994 konsequent vollziehen und die fristgerechte Vorlage der Baufertigstellungsanzeigen durch die Bauwerber einfordern. Auch wird in der Folge die korrekte Vorschreibung der Grundsteuer sichergestellt.
- Bei Zu- oder Umbauten werden die fehlenden Baufertigstellungsanzeigen eingeholt und die aktualisierten Grundsteuern eingehoben.

Der Bürgermeister fordert den GR auf, über den gesamten Absatz Grundsteuer abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird mit Stimmenmehrheit angenommen;

27 Stimmen dafür: SPÖ, ÖVP (ohne Kobler), FPÖ

4 Stimmen enthalten: Grüne, Kobler

Infrastrukturbeiträge:

Bei privatwirtschaftlichen Vereinbarungen wird sichergestellt, dass auch unter Berücksichtigung der nach anderen landesgesetzlichen Vorschriften einzuhebende Beiträge die Kosten nicht überschreiten. Die Gemeinde schlüsselt daher in den Baulandsicherheitsverträgen die einzelnen Kostenfaktoren prozentuell auf.

Der Bürgermeister fordert den Gemeinderat auf, abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird einstimmig angenommen

Aufschließungs-, Erhaltungs- und Interessenbeiträge:

- Den Verkehrsflächenbeiträgen werden jene Beiträge, die bereits aufgrund privatrechtlicher Vereinbarungen geleistet wurden, angerechnet.

- Die Marktgemeinde wird den Anschlusszwang vollziehen und Anträge um Ausnahme von der Anschlusspflicht mittels Bescheid erledigen.

*GR Chalupar stellt den Abänderungsantrag, folgende Ergänzung anzufügen:
Die Ausnahmen werden im zuständigen Ausschuss vorberaten und die Bescheide zur Anschlusspflicht ausgesellt und vollzogen. Der Ausschuss wird über den Inhalt der Bescheide informiert.*

Der Bürgermeister weist auf die gesetzliche Regelung hin.

Der Bürgermeister fordert den Gemeinderat auf, abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt;
3 Stimmen dafür: Grüne
28 Stimmen dagegen: SPÖ, ÖVP, FPÖ

- Die Errichtung der Kanalanschlüsse wird die Marktgemeinde in Zukunft zur Gänze vom Eigentümer des Objektes herstellen lassen.

Der Bürgermeister fordert den GR auf über den Punkt Aufschließungs-, Erhaltungs- und Interessenbeiträge, abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird mit Stimmenmehrheit angenommen;
27 Stimmen dafür: SPÖ, ÖVP (ohne Piralli), FPÖ (ohne GR Eder), Hainzl
4 Stimmen enthalten: Piralli, GR Eder, Chalupar, Langerhorst

Förderungen und freiwillige Leistungen:

- Die Förderrichtlinien werden im Finanzausschuss aktualisiert und neu beschlossen. Der LRH fordert, dass die Tarifordnung für die Sporthalle, die Turnhalle und den Gymnastiksaal der Mustertarifordnung des Landes OOE angepasst wird. Der Gemeinderat spricht sich gegen eine Vorschreibung von Gebühren für die örtlichen Sportvereine aus, da im Gegenzug eine Vielzahl freiwilliger Leistungen der Sportvereine für die Öffentlichkeit, vor allem für die Jugend, erbracht wird.
- Der Gemeinderat wird keine Subventionen insbesondere für bereits realisierte Projekte in Aussicht stellen, wenn zentrale Unterlagen (insb. Förderantrag, Kostenübersicht) fehlen.
- Die Marktgemeinde trifft die Beschlüsse entsprechend der OOE Gemeindeordnung in den zuständigen Gremien.

Der Bürgermeister fordert den Gemeinderat auf, abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird einstimmig angenommen

Darlehen und sonstige Verbindlichkeiten:

Bei der Verbuchung von Zinsen und Tilgungen wird zukünftig ein größeres Augenmerk auf die korrekte Zuteilung zu den einzelnen Projekten/Ansätzen und korrekte Soll/Ist-Buchung im betreffenden Haushaltsjahr gelegt.

Der Bürgermeister fordert den Gemeinderat auf, abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird einstimmig angenommen

Voranschlagsunwirksame Gebarung:

- Die Spendengelder für den „Sozialtopf“ stellen endgültige Einnahmen der Marktgemeinde dar und werden folglich den haushaltsrechtlichen Bestimmungen im o.H. vereinbart.
- Bedarfszuweisungsmittel stellen finanzielle Mittel der Gemeinde dar und werden daher in den voranschlagswirksamen Gebarung verbucht.

GR Kobler fragt wegen der Spendengelder nach.

Spendengelder sind auf eine Rücklage zu buchen, erläutert Frau Blaimschein.

Der Bürgermeister fordert den Gemeinderat auf, abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird einstimmig angenommen

VFI der Marktgemeinde Neuhofen an der Krems & Co KG:

Nachdem das Finanzamt abgelehnt hat eine Vorberechnung durchzuführen, wurde im ersten Schritt ein Steuerberater mit der Vorberechnung beauftragt. Die Stellungnahme des Steuerberaters wird Anfang September erwartet.

Der Bürgermeister fordert den Gemeinderat auf, abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird einstimmig angenommen

Fonds der Marktgemeinde Neuhofen:

Der Fonds der Marktgemeinde Neuhofen wird zeitnah aufgelöst. Die Zinsen aus dem noch bestehenden Kapitalstock werden künftig direkt dem Gemeindehaushalt zu Gute kommen.

GR Kobler merkt an, dass es einen GR-Beschluss gibt – das Vermögen bis 2027 abzuschöpfen – und an diese Vorgehensweise halten wir uns.

GR Eder meint zur Formulierung „zeitnahe Auflösung“, dass mit dem Geld vereinzelt geholfen werden kann.

Bgm. weist auf die zeitliche Auflösungs-Vereinbarung mit der Sparkasse hin.

Vbgm. Sahl verweist auf die vereinbarte Vorgehensweise mit den Vertragspartnern.

*GV Baumgartner stellt den Abänderungsantrag, folgende Ergänzung anzufügen:
Der GR hält sich an die Vorgehensweise, die im GR beschlossen wurde und hier findet keine Änderung statt.*

Der Bürgermeister fordert den Gemeinderat auf, abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird einstimmig angenommen

Gemeindeeinrichtungen

Kindergärten, Krabbelstube und Hort:

- Bei den Kinderbetreuungseinrichtungen werden die Jahresabrechnungen der jeweiligen Betreiber vom zuständigen Fachpersonal und der Buchhaltung stichprobenartig überprüft.
- Der LRH fordert, dass die Gastbeiträge bei der Kinderbetreuung den anderen Gemeinden auf Basis des tatsächlichen Fehlbetrages vorgeschrieben werden. Der Gemeinderat spricht sich für die Beibehaltung der bisherigen Vorgehensweise aus, dass von den anderen Gemeinden lediglich der Mindestbeitrag lt. Elternbeitragsverordnung des Landes verlangt wird, da mit einigen Nachbargemeinden vereinbart wurde, dass gegenseitig nur der Mindestbeitrag vorgeschrieben wird.

Der Bürgermeister fordert den Gemeinderat auf, abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird einstimmig angenommen

Kindergartentransport:

Der Beitrag für die Busbegleitung beim Kindergartentransport wird moderat angepasst.

Der Bürgermeister fordert den Gemeinderat auf, abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird mit Stimmenmehrheit angenommen;
29 Stimmen dafür: SPÖ, ÖVP (ohne Maurer, Kobler), FPÖ, Grüne
2 Stimmen enthalten: Maurer, Kobler

Abwasserbeseitigung und Abfallbeseitigung:

- Bei der Abwasserbeseitigung wurde/- und wird weiterhin eine exakte Kalkulation erstellt, in der alle Kostenbestandteile berücksichtigt werden.
- Bei der Abfallbeseitigung werden zur Feststellung des jährlichen Erfordernisses, aufbauend auf den Ausgaben lt. Rechenwerken, die tatsächlichen Kosten zu ermitteln.
- Für die Kostenüberdeckungen bei der Abwasserbeseitigung und der Abfallbeseitigung wird ein innerer Zusammenhang mit der Gemeindeeinrichtung hergestellt.
- Bei der Gebührenverrechnung werden zu Kontrollzwecken vierteljährlich die Melde-
daten mit Abrechnungen aus der Gebührenverrechnung abgeglichen.

Der Bürgermeister fordert den Gemeinderat auf, abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird einstimmig angenommen

Bauhof:

- Als Basis für ein umfassendes Berichtswesen und eine gezielte Steuerung der einzelnen Tätigkeiten im Bauhof wird als erster Schritt eine zeitgemäße elektronische Leistungserfassung eingeführt.
- Das Arbeitszeitmodell im Bauhof wird flexibilisiert und dadurch anfallende Überstunden werden reduziert.

GR Chalupar merkt an, dass dieser Punkt bereits beim letzten LRH-Bericht angeführt war.

Die Flexibilisierung der Arbeitszeit mit einem Zeiterfassungsgerät wird jetzt erfolgen, informiert die AL.

Der Bürgermeister fordert den Gemeinderat auf, abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird einstimmig angenommen

GR Eder ist bei der Abstimmung nicht anwesend.

Veranstaltungszentrum Forum:

Bei zukünftigen Gemeindeveranstaltungen wird die Gemeindeverwaltung stärker in die finanzielle und organisatorische Verwaltung eingebunden. Ein Handlungsrahmen für die Abwicklung der Veranstaltungen wird vorgegeben. Die Gemeinde wird zudem eine vertragliche Regelung, bei Bedarf, mit der jeweiligen Intendanz treffen, um deren Verpflichtungen zu definieren.

Vbgm. Sahl erläutert auf die Frage von GR Langerhorst „der Intendanz“ – das sei eine Person, die eine Veranstaltung finanziell und inhaltlich abwickelt. Mit diesem Modell werde nicht mehr gearbeitet, es werden nur mehr Gemeindeveranstaltungen über die Gemeindeorgane oder Gremien bzw. eingemietete Veranstaltungen stattfinden.

Der Bürgermeister fordert den Gemeinderat auf, abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird einstimmig angenommen

Freibad:

- Der LRH verlangt, dass die Öffnungszeiten beim Freibad reduziert werden, indem eine Neben- und Hauptsaison festgelegt wird. Die Angelegenheit wurde bereits im zuständigen Ausschuss diskutiert und man ist zur Ansicht gelangt, dass dies von der Bevölkerung nicht gutgeheißen würde. Es wurden über Jahre hinweg keine größeren Investitionen – außer Instandhaltung – für das Freibad getätigt. Es gibt auch keine teuren Attraktivitäten (wie Wasserrutsche o. ä). Daher soll die Bevölkerung wenigstens den Bonus

haben, dass das Freibad auch außerhalb der Hauptsaison ausreichend genutzt werden kann.

- In den einzelnen Kategorien werden die Eintrittspreise erhöht. Weiters werden die Tarife für Sonnenschirme, Liegen und Kabinen in die Tarifordnung aufgenommen und diese vom Gemeinderat beschlossen.

Der Bürgermeister fordert den Gemeinderat auf, abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird mit Stimmenmehrheit angenommen;
27 Stimmen dafür: SPÖ, ÖVP (ohne Kobler, Sahl, Nahrungbauer, Bertleff),
FPÖ, Grüne
4 Stimmen enthalten: Kobler, Sahl, Nahrungbauer, Bertleff

Stockbahnhalle:

Der LRH verlangt, dass die Gemeinde der ASKÖ die Betriebskosten für die Stockbahnhalle vertragsgemäß vorschreibt. Gleichzeitig sollen die genauen Rückzahlungsmodalitäten für die nach wie vor offene Vorfinanzierung von Sanitäranlagen über 14.800,00 Euro vereinbart werden. Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass generell den Sportvereinen keine Gebühren für Hallennutzungen vorgeschrieben werden, da im Gegenzug Leistungen für die Öffentlichkeit, vor allem für die Jugend, erbracht werden. In der Folge bleibt auch die Vereinbarung aufrecht, dass die Gemeinde der ASKÖ die Kosten für die von ihr finanzierte Sanitäranlage nicht erstatten muss, solange keine Betriebskosten vorgeschrieben werden.

GR Chapular spricht die Weitervermietung der verpachten Stockbahnhalle an – und stellt den *Abänderungsantrag – für die Verpachtung der Stockbahnhalle werden ab 2020 Betriebskosten, wie bereits seit langem vertraglich vereinbart, verrechnet, im Gegenzug kann für nachweislich geleistete Jugendarbeit in der Stockbahnhalle um Förderung angesucht werden.*

Bgm. weist auf GR-Beschlüsse hin, wo beschlossen wurde, dass wir keine Betriebskosten verrechnen. Hier handelt sich um ein Projekt mit der Sparkasse, daher auch 2 Freiveranstaltungen pro Jahr.

GR Kobler merkt an, dass für die Einmietung in die Ballspielhalle eine Gebührenordnung der Gemeinde gilt. Für die Einmietung in die Stockhalle ist jedoch die ASKÖ zuständig. Daher seine Frage, wer lukriert die Einnahme bei der Verpachtung der Stockhalle. Er spricht sich für eine Änderung des Bestandvertrages bei Vermietung an Dritte aus, der zuständige Ausschuss soll eine Tarifordnung erarbeiten.

Der Bürgermeister fordert den Gemeinderat auf, über den Abänderungsantrag von GR Chalupar abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt;
3 Stimmen dafür: Grüne
19 Stimmen dagegen: SPÖ, GV Eder, Hofbauer, Seybold, Kobler, Maurer, Sahl, Baumgartner

9 Stimmen enthalten: GR Eder, Burger-Pledl, Nahrungsbauer, Bertleff, Piralli, Stoiber, Hofmeister, Bachinger, Weinberger

GR Kobler stellt den Abänderungsantrag, der GR adaptiert den Bestandvertrag mit der ASKÖ dahingehend, dass bei Vermietung an Dritte eine Tarifordnung zur Anwendung kommt, die Einnahmen sollen der Gemeinde zukommen.

GV Eder stellt den Zusatzantrag, dass der zuständige Ausschuss eine Tarifordnung für die Stockhalle - für Vermietung an Dritte – erarbeitet.

Der Bürgermeister fordert den Gemeinderat auf, über den Abänderungsantrag samt Zusatzantrag abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird mit Stimmenmehrheit angenommen;
22 Stimmen dafür: ÖVP, FPÖ, Grüne, GV Skrasek, GR Skrasek, Stockhammer
9 Stimmen dagegen: SPÖ (ohne GV Skrasek, GR Skrasek, Stockhammer)

Gemeindebücherei – Schulbibliothek:

Bei der Bibliothek wird die Gemeinde die Tarife moderat anheben und anteilige Ausgaben für die Schulbücherei in der Gastschulbeitragsrechnung berücksichtigen.

Vbgm. Sahl spricht sich gegen eine Anhebung der Gebühren für Bildung aus und stellt den Abänderungsantrag „moderat“ durch „nicht“ zu ersetzen.

Der Bürgermeister fordert den Gemeinderat auf, abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird einstimmig angenommen

Jugendzentrum:

Der LRH fordert, dass die Zielsetzungen für das Jugendzentrum in der Förderungsvereinbarung näher konkretisiert werden. Auch angesichts der eher hohen Fehlbeträge sollen Kriterien erarbeitet werden, anhand derer die Zielerreichung beurteilt werden kann. Die Quartalsberichte des Jugendzentrums werden der Gemeinde regelmäßig vorgelegt. Aus denen geht hervor, dass hier Jugendarbeit im besten Sinne geleistet wird, daher ist eine nähere Förderungsvereinbarung bzw. eine Erarbeitung von Kriterien zur Zielerreichung nicht erforderlich. Es wird den Jugendlichen unter Beaufsichtigung ein entsprechendes Kommunikationszentrum mit den verschiedensten Freizeitmöglichkeiten angeboten. Der einfache Zugang zu den Angeboten begünstigt den Erwerb von Bildungsinhalten und Sozialkompetenzen. Insbesondere für bildungs- und sozial benachteiligte junge Menschen wird ein Beitrag zur Integration geleistet und Ausgrenzung vermieden und somit wichtige Präventionsarbeit geleistet.

Der Bürgermeister fordert den Gemeinderat auf, abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird mit Stimmenmehrheit angenommen;
22 Stimmen dafür: SPÖ, FPÖ (ohne GR Eder), Grüne, Baumgartner, Hofmeister, Bachinger, Piralli
9 Stimmen enthalten: ÖVP (ohne Baumgartner, Hofmeister, Bachinger, Piralli), GR Eder

Bauvorhaben

Auftragsvergaben:

- Künftig werden bei Vergaben an Architekten betreffend Planung, Oberleitung und örtlichen Bauaufsicht mehrere Angebote eingeholt. Weiters werden mit den Vertragspartnern schriftliche Verträge abgeschlossen. Hierzu werden die bestehenden Architektenmusterverträge verwendet, um die Rechte und Pflichten daraus schriftlich zu vereinbaren.
- Bei zukünftigen Vergaben werden die Bestimmungen der OOE Gemeindeordnung eingehalten.
- Künftig wird darauf geachtet, dass weder externe Dienstleister noch Trägervereine Bestellungen im Namen der Gemeinde tätigen. Derartige Bestellungen werden ausschließlich durch die Gemeindeverwaltung vorgenommen und vorab in den entsprechenden Gremien beschlossen.
- Werden zusätzliche Auftragsvergaben im Zuge der Bauausführung notwendig, beschließt diese das jeweils zuständige Gremium.
- Im Falle einer Kostenerhöhung im Zuge der Bauausführung werden sofort geeignete Maßnahmen von der Gemeinde getroffen und die für das Kostendämpfungsverfahren zuständige Fachabteilung des Landes OOE eingebunden. In Zukunft hält die Gemeinde die Richtlinien für das Kostendämpfungsverfahren ein.

GR Kobler weist auf die annähernd textgleiche Kritik im letzten LRH-Bericht hin und merkt die unprofessionelle Abwicklung von Bauvorhaben an (Kindergarten).

Der Bürgermeister fordert den Gemeinderat auf, abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird mit Stimmenmehrheit angenommen;
28 Stimmen dafür: SPÖ, ÖVP (ohne Kobler, Sahl, Stoiber), FPÖ, Grüne
3 Stimmen enthalten: Kobler, Sahl, Stoiber

Finanzierung:

Die Marktgemeinde wird bei zukünftigen Bauvorhaben frühzeitig mit der Planung beginnen, um diese im Rahmen der Vorgaben der OOE GemO abwickeln zu können.

Der Bürgermeister fordert den Gemeinderat auf, abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird einstimmig angenommen

Kostenkontrolle:

- Bei zukünftigen Projekten wird eine laufende Kostenverfolgung durchgeführt bzw. bei der Vergabe dieser Leistung an Externe, die Leistungserbringung überwacht. Offensichtlichen Differenzen zwischen den verbuchten Ausgaben und der Kostenaufstellung von externen Dienstleistern wird nachgegangen.
- Künftig wird der Gemeinderat über Abweichungen vom Budget und Kostenüberschreitungen von Finanzierungsplänen informiert.
- Die Verwaltung wird eine offensichtlich unvollständige Kostenfeststellung des Architekten nach Abschluss eines Projektes künftig nicht mehr akzeptieren.

Bei zukünftigen Bauvorhaben wird erst dann mit den Arbeiten begonnen, wenn die schriftlichen Verträge unterzeichnet sind.

Der Bürgermeister fordert den Gemeinderat auf, abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird einstimmig angenommen

Neubau Gemeindedienstleistungszentrum:

Beim Neubau des Gemeindedienstleistungszentrums wird die Notwendigkeit der Heimatstube überdacht und aktiv nach alternativen kostengünstigeren Standorten gesucht. Die Marktgemeinde wird deshalb rasch ein überarbeitetes Vorentwurfsprojekt vorlegen und auf dieser Basis die jährlichen Finanzierungsbeiträge für den Eigenmittelanteil adaptieren.

GR Kobler wünscht sich mehr aktuelle Information.
Bgm. verweist auf den Ausschuss.

Der Bürgermeister fordert den Gemeinderat auf, abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird einstimmig angenommen

Gemeindeübergreifendes Altstoffsammelzentrum:

Der Überschuss beim Vorhaben Altstoffsammelzentrum stammt aus einer zu hohen Darlehensaufnahme und wird deshalb für eine Sondertilgung voraussichtlich am Jahresende herangezogen.

Der Bürgermeister fordert den Gemeinderat auf, abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird einstimmig angenommen

GR Chapular stellt zur gesamten Stellungnahme den Zusatzantrag: Die Veröffentlichung der Kurzfassung vom LRH-Bericht soll in der GemeindeInfo - mit einen Link zur Gemeindehomepage – erfolgen.

Für die Veröffentlichung ist zuerst eine rechtliche Abklärung notwendig, entgegnet der Bgm.

Der Bürgermeister fordert den Gemeinderat auf, abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt;

15 Stimmen dafür: ÖVP, Grüne

13 Stimmen dagegen: SPÖ (ohne Eckerstorfer, GV Skrasek), FPÖ (ohne Burger-Pledl)

2 Stimmen enthalten: Eckerstorfer, GV Skrasek

GR Burger-Pledl war bei der Abstimmung nicht anwesend

Punkt 3) **Antrag ÖVP – Abänderung Beschluss Schulen – Heizungserneuerung vom 25.06.2019**

Man sollte grundsätzlich davon ausgehen, dass eine Klimabündnisgemeinde vorrangig erneuerbare Energieträger im eigenen Wirkungsbereich einsetzt. Darüber hinaus gibt es dazu sogar eine gesetzliche Vorgabe im §11 Oö Luftreinhalte- und Energietechnikgesetz.

§ 11 Oö. LuftREnTG § 11

Oö. LuftREnTG - Oö. Luftreinhalte- und Energietechnikgesetz 2002

beobachten

merken

© Berücksichtigter Stand der Gesetzgebung: 17.08.2019

<

>

(1) Beim Neu-, Zu- oder Umbau von Gebäuden, die öffentlichen Zwecken dienen, sowie bei Änderung der energietechnischen Anlagen solcher Gebäude sind zur Bereitstellung von Raumwärme und Warmwasser vorrangig Solaranlagen oder andere Anlagen mit erneuerbarer Energie vorzusehen, sofern dies technisch möglich, wirtschaftlich sinnvoll und mit dem Schutz des Orts- und Landschaftsbildes vereinbar ist.

(2) Die Planung nach Abs. 1 hat eine Abschätzung der Wirtschaftlichkeit gegenüber Anlagen mit konventionellen Energieträgern zu enthalten und ist den Einreichunterlagen gemäß den §§ 28 und 29 Oö. Bauordnung 1994 anzuschließen.

(3) Bei Gebäuden im Sinn des Abs. 1 ist überdies eine Energiebuchhaltung zu führen, sofern dies technisch möglich ist.

<

>

Die Jugend fragt die Entscheidungsträger immer mehr, was sie für den Klimaschutz beitragen, und da sollte man unbedingt gerade in Schulgebäuden vorbildliche Lösungen umsetzen.

Da der Beschluss zur Heizungserneuerung am 25. Juni 2019 unter Annahme falscher Zahlen und Fakten zu Stande kam, sollte sich der Gemeinderat nochmals mit fundierter Faktenlage mit dem Thema auseinandersetzen. In einem informellen Fraktionsgespräch am 18. Juli einigte man sich mehrheitlich auf eine Überprüfung des Heizkostenvergleichs durch den Energiesparverband OÖ als unabhängige Stelle.

Diese Berechnungen belegen nun, dass die Brennstoffkosten bei einer Pellets/Gas Variante, gleich derer einer reinen Gasheizung sind. Dazu kommt noch eine massive CO2 Reduktion von ca. 130 000kg pro Jahr. Ein weiterer Vorteil einer kombinierten Heizanlage liegt in der Versorgungssicherheit und auch in der Wahlfreiheit des Brennstoffes (Gas oder Pellets) bei unvorhergesehenen Ereignissen.

GR Hainzl merkt an, dass eine Entscheidung für unsere Jugend getroffen werden soll.

Gas sei ein hochwertiger Energieträger und zu schade um zu Verheizen. Der vorhandene Holzanfall soll, bevor er verfault und CO2 freisetzt, verwertet werden, meint GR Weinberger. Er fragt die AL, ob eine vergaberechtliche Anfrage gestellt wurde.

Der Gemeindebund beantwortete die Anfrage seitens der Gemeinde, dass dies keine unwesentliche Abänderung sei und ein neues Abgabeverfahren gestartet werden müsse. Die im Bundesvergabegesetz festgelegte Vorgehensweise ist einzuhalten, erläutert AL Emrich.

GR Kobler weist auf die Auskunft der Rechtsanwälte der Fa. Aigner hin.

GR Eder stellt den Antrag auf Ende der Debatte.

GV Maurer spricht das zum Zeitpunkt der Abstimmung vordergründige Thema „Bestbieter“ an. Seit 2009 gibt es einen gültigen Erlass, der 10 % Preisänderung zulässt.

Der Bürgermeister fordert den Gemeinderat auf, über den Antrag auf Ende der Debatte abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird mit Stimmenmehrheit angenommen;
16 Stimmen dafür: SPÖ, FPÖ
15 Stimmen dagegen: ÖVP, Grüne

Antrag:

Der Gemeinderat von Neuhofen beschließt, den Auftrag an die Firma Ing. Aigner GmbH zur Heizungserneuerung (GR Beschluss vom 25. Juni 2019) so abzuändern, dass eine Gas/Pellets Variante verwirklicht werden kann. Das entsprechende Variantenangebot wurde von der Fa. Ing. Aigner GmbH gleichzeitig mit dem Hauptangebot abgegeben, und kann in Übereinstimmung mit dem Vergabegesetz rechtskonform vergeben werden. Dazu ist unmittelbar die Förderstelle des Landes OÖ zu kontaktieren um die veränderten Voraussetzung der Finanzierung zu klären. Die Fa. Ing. Aigner GmbH versichert, dass es zu keiner Verzögerung des vereinbarten Fertigstellungstermines kommen wird.

Der Bürgermeister fordert den Gemeinderat auf, über den Antrag der ÖVP abzustimmen.

Beschluss: der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt;
16 Stimmen dagegen: SPÖ, FPÖ
15 Stimmen dafür: ÖVP, Grüne

Punkt 4) **Antrag Grüne – Neuhofen erklärt den Klimanotstand**

Einleitung/Begründung:

Zahlreiche Städte und Gemeinden in Europa und auf der ganzen Welt haben bereits den Klimanotstand ausgerufen. Die Ausrufung des Klimanotstandes hat zum Ziel die unaufschiebbare Dringlichkeit der irreversiblen Folgen der Erderhitzung sowohl für die BürgerInnen, die Wirtschaft, die Natur als auch für die Gemeindeverwaltung zu verdeutlichen. Eine Stadt/eine Gemeinde, die den Klimanotstand ausruft, zeigt ihren Bürgerinnen und Bürgern, dass sie den Ernst der Lage verstanden hat und dass sie selbst Verantwortung übernimmt.

Als Klimabündnis-Gemeinde schließen wir uns der weltweiten Bewegung der Städte und Gemeinden an und stellen fest, dass

- der Klimawandel eine sich schnell entwickelnde Krise ist, welche die globale Stabilität, die Natur und die menschliche Existenz ernsthaft gefährdet.
- das derzeitige Tempo und Ausmaß der nationalen Klimaschutzmaßnahmen nicht ausreicht, um erhebliche Schäden für Wirtschaft, Umwelt und menschliche Gesundheit in den kommenden Jahrzehnten abzuwenden.
- insbesondere arme Bevölkerungsgruppen am stärksten von langjähriger Umweltungerechtigkeit betroffen sind und die negativen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Auswirkungen der auf fossilen Rohstoffen basierenden Wirtschaft und der Übernutzung von Ressourcen am stärksten spüren.
- Unsere Gemeinde bereits unter den Folgen des Klimawandels in Form von Überhitzung in den Sommermonaten leidet. Diese Auswirkungen werden sich voraussichtlich verstärken, wenn globale Treibhausgasemissionen nicht signifikant reduziert werden.
- der Klimawandel grundlegende menschliche Bedürfnisse, wie Nahrung, Wohnen, Gesundheitsversorgung, Verkehrsmittel und Energie verteuern wird. In Kombination mit geringen Löhnen führt dies zu weiterer Vermögensungleichheit.
- nationale und lokale Regierungen weltweit ihre Pro-Kopf-Emissionen bis 2030 signifikant reduzieren müssen, um innerhalb einer Erwärmung von 1,5 Grad Celsius zu bleiben und Neuhofen sich verpflichtet, mit gutem Beispiel voranzugehen.

Die unterzeichneten Mitglieder des Gemeinderates stellen daher folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Neuhofen erklärt den Klimanotstand, der unsere Gemeinde, unser Land sowie die Menschheit und natürliche Welt bedroht. Dies bedeutet, dass sich die Gemeinde Neuhofen verpflichtet

- so ehrgeizig wie möglich daran zu arbeiten die kommunalen Treibhausgasemissionen so schnell wie möglich zu reduzieren und langfristig zu beseitigen.
- die Klimaauswirkungen aller zukünftigen Entscheidungen zu berücksichtigen und Lösungen und Aktionen zu bevorzugen, die positive Auswirkungen für Klima, Umwelt und biologische Vielfalt haben.
- Klimafragen in alle kommunalen Aufgabengebieten zu integrieren.

- die zuständigen Abteilungen in der Gemeinde (z.B. Umwelt, Planung) mit ausreichend finanziellen Mitteln und vor allem mit den benötigten personellen Ressourcen und Kompetenzen auszustatten um die Herausforderungen bewältigen zu können.

Der Bgm. möchte, dass dieser Antrag zuerst im Umweltausschuss behandelt wird.

Vbgm. Sahl unterstützt den Antrag zum Schutz der nachhaltigen Zukunft und verweist auf die Programme der Wahlwerber zur Förderung nachwachsender Energie hin.

Bgm. merkt an, dass es eine ähnliche Resolution des sozialdemokratischen Gemeindeverbandes gibt. Er möchte daher eine Zusammenführung und einen gemeinsamen Antrag.

Der Bgm. stellt den Geschäftsordnungsantrag, dass dies im Ausschuss behandelt wird.

Beschluss: der Antrag wird mit Stimmenmehrheit angenommen;
 16 Stimmen dafür: SPÖ, FPÖ
 15 Stimmen enthalten: ÖVP, Grüne

Punkt 5) **Antrag Grüne – Resolution an OÖ Landesregierung: Sicherer Radweg zwischen Weißenberg (Neuhofen) und Nettingsdorf (Ansfelden)**

Einleitung/Begründung:

Der Kremstalradweg R10 ist nicht nur ein Radweg für den Fahrradtourismus sondern wird auch sehr oft für Alltagsfahrten verwendet. Zwischen Weißenberg/Nöstelbach und Nettingsdorf ist der Radweg eine viel befahrene, aber untergeordnete Gemeindestraße. Obwohl das 2 km lange Straßenstück durchgehend Geschwindigkeitsbeschränkungen von 30 und 50 km/h aufweist, wird dort mit überhöhter Geschwindigkeit gefahren. Diesen Radweg mit Kindern zu fahren ist lebensgefährlich! Und es gibt keine Alternativen für das Fahrrad. Für den motorisierten Verkehr gibt es aber zwei Parallelstraßen (B139 im Westen und L1375 im Osten).

Der Motorikpark in Nettingsdorf, das Einkaufszentrum in Haid, die Schulen könnten sicher und bequem mit dem Fahrrad erreicht werden, wenn diese 2 km ein richtiger Radweg wäre.

Als Sofortmaßnahme sollten vermehrt Radarmessungen durchgeführt werden.

Nur ein markierter, abgetrennter Radstreifen oder die Sperre für den motorisierten Verkehr kann hier eine sinnvolle Lösung sein.

Die unterzeichneten Mitglieder des Gemeinderates stellen daher folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat ersucht den Oö. Landtag, auf die Oö. Landesregierung dahingehend einzuwirken, dass der Radweg R10 zwischen Weißenberg/Nöstelbach und Nettingsdorf ein sicherer Radweg wird.

Beschluss: der Antrag wird mit Stimmenmehrheit angenommen;
29 Stimmen dafür: SPÖ, ÖVP, Grüne, FPÖ (ohne GV Eder, GR Eder)
2 Stimmen enthalten: GV Eder, GR Eder

Punkt 6) **Antrag Grüne – Naturnahe und ansprechende Gestaltung des Eingangsbereiches zum Freibad**

Einleitung/Begründung:

Der Eingangsbereich zum Freibad erinnert an den Zugang einer aufgelassenen Industriehalle und man vermutet nicht, dass dahinter das schön gepflegte Freibad ist.

Schlecht beschildert, kein Baum, keine Sträucher, keine Blumen dafür viel Asphalt und viele Mülltonnen.

Auch für die zukünftige Kindergartengruppe, die im Freibadbereich untergebracht wird ist es wichtig, den Eingangsbereich einladend zu gestalten.

Pflegeleichte und bienenfreundliche Stauden und Blumen können hier schnell eine angenehme Atmosphäre schaffen.

Die unterzeichneten Mitglieder des Gemeinderates stellen daher folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Eingangsbereich zum Freibad soll mit Bäumen, Sträuchern, Stauden und Blumen ansprechend und bienenfreundlich gestaltet werden. Die Mülltonnen sollen vom Eingangsbereich entfernt werden.

Der Bgm. stellt den Geschäftsordnungsantrag, dass dies im Ausschuss behandelt wird.

Beschluss: der Antrag wird mit Stimmenmehrheit angenommen;
30 Stimmen dafür: SPÖ, ÖVP (ohne Piralli), FPÖ, Grüne
1 Stimme enthalten: Piralli

Punkt 7) **Allfälliges**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.



Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, dankt der Bürgermeister allen Anwesenden für ihre Mitarbeit, verabschiedet sich und schließt die heutige Sitzung um 21.43 Uhr.

Schriftführerin

Vorsitzender

Die gegenständliche Verhandlungsschrift ist in der Sitzung am zur Einsichtnahme aufgelegt. Gegen den Inhalt wurden keine Einwendungen erhoben. Die Verhandlungsschrift gilt als genehmigt.

Neuhofen, am

Bürgermeister

Günter Engertsberger

Gemeinderatsmitglied der SPÖ-Fraktion

Gemeinderatsmitglied der ÖVP-Fraktion

Gemeinderatsmitglied der Grünen-Fraktion

Gemeinderatsmitglied der FPÖ-Fraktion